



## Zwei-Klassen-Medizin verhindert

„Präsidium und Bundesvorstand betrachten die Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform einmütig als geeignete Grundlage für das Gesetzgebungsverfahren“, sagte Angela Merkel zu dem gefundenen Kompromiss.

Die CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigte sich zufrieden mit den Eckpunkten der Vereinbarung. Zwar sei das Konsenspapier kein „Blankoscheck“ für die Beurteilung des Gesetzes, es zeige jedoch, dass alle *Fortsetzung Seite 3*

### INHALT

KARL-JOSEF LAUMANN:

Mini-Jobs sind  
großer Erfolg  
SEITE 2

CSU-PARTEITAG:

Starke Union in ganz  
Deutschland  
SEITE 6

ANGELA MERKEL:

Regierung muss  
nachsitzen  
SEITE 8

KARL-JOSEF LAUMANN:

# Mini-Jobs sind großartiger Erfolg

**Zur Entwicklung der Mini-Jobs seit dem 1. April 2003 erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Entwicklung bei den Mini-Jobs ist ein großartiger Erfolg. Durch die Neuregelung werden fast eine Million Fleißige, die einen neuen Mini-Job aufgenommen haben, wieder belohnt. Wer mehr arbeitet, hat auch mehr in der Tasche. Brutto für Netto, so wie es die Union vorgeschlagen hatte. Diesen Erfolg darf sich die Bundesregierung nicht an die Brust heften. Sich mit falschen Federn zu schmücken, hat noch nie gut getan. Die Neuregelung ist die 1:1-Umsetzung des Unions-Modells. Genau so, wie wir es im Wahlkampf versprochen hatten.

Hätte die Bundesregierung auch die anderen Unions-Forderungen übernommen, wären wir heute deutlich weiter. Insgesamt sind jetzt 5,76 Millionen Mini-



Jobber gemeldet. Das sind rund 1,7 Millionen mehr als bei der letzten Zählung des IAB im September 2002. Zieht man die gut 740.000 „Umbuchung“ aus der alten Regelung davon ab, bedeutet das einen Netto-Zuwachs von 930.000 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Hinzu kommen noch die kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse und die Tätigkeiten in den privaten Haushalten. Werden diese hinzugerechnet, sind im Niedriglohnbereich sogar 6,46 Millionen Personen beschäftigt. Das zeigt ganz klar, das Unions-Modell funktioniert. Die Arbeitgeber haben jetzt einen zentralen Ansprech-

partner bei der Bundesknappschaft und müssen sich nicht mehr bei rund 350 Krankenkassen und 700 Finanzämtern melden. Gleichzeitig erhalten die Arbeitnehmer wieder mehr netto, weil der Zusatzjob nicht auf das Einkommen angerechnet wird.

## Modernisierung des Arbeitsmarkts

Der Zusatzjob lohnt sich wieder. Das fatale 325-Euro-Gesetz der Bundesregierung, das zum Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen geführt hatte, ist damit endlich überwunden. Dieser Riesterschrott ist weggeräumt. Ich hoffe, dass die Bundesregierung aus der Erfahrung bei den Mini-Jobs lernt und auch unser Konzept zur Modernisierung des Arbeitsmarktes endlich 1:1 umsetzt. Angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen wäre das auch bitter nötig.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-1113 33, Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

*Fortsetzung von Seite 1*

Seiten willens seien, die anstehenden Probleme zu lösen. Zum Erfolg der Verhandlungen hatten nächtliche Telefonate zwischen der CDU-Vorsitzenden und dem Bundeskanzler entscheidend beigetragen. Wie Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, Mitglied der Kommission, bestätigte, habe sich die Runde erst nach diesen Gesprächen einigen können. Die CDU-Vorsitzende betonte, der schlechte Zustand des Gesundheitssystems sei vor allem auf die letzten viereinhalb Jahre rot-grüner Politik zurückzuführen. „Da der Union jedoch die Zukunft des Landes und das Schicksal der Menschen am Herzen liegt, haben wir uns bereit erklärt, an den Verhandlungen mitzuwirken“, so Angela Merkel.

Ziel sei es dabei gewesen, ein „Ableiten in die Zweiklassenmedizin“ zu verhindern. Um dies sicherzustellen, sei es nötig, von den Versicherten Gegenleistungen in Form von höherer Eigenverantwortung und höheren Beiträgen zu verlangen. „Nur so kann gewährleistet werden, dass auch in Zukunft jeder Mensch, unabhängig von seinem Alter und der per-

sönlichen Leistungskraft, die notwendige medizinische Versorgung erhalte.

„Der Kompromiss trägt ganz wesentlich die Handschrift der Union“, sagte die Parteichefin. Den CDU/CSU-Vertretern in der Delegation sei es gelungen, „schlimmste zentralistische und dirigistische“ Vorschläge abzuwehren. Deshalb bleibe es jetzt bei der freien Arztwahl; ein zentralistisches Qualitätsmanagement werde es ebenso wenig geben wie eine Positivliste. Außerdem habe das Ziel erreicht werden können, den Beitragsatz bis zum Jahr 2006 auf 13 Prozent zu begrenzen. Angela Merkel betonte in diesem Zusammenhang, die Union habe sich während der Verhandlungen besonders dafür stark gemacht, die notwendigen „Zuzahlungen sozial gerecht“ zu gestalten.



*„Union setzt ihre Gesundheitspolitik durch“*

Süddeutsche Zeitung, 22. Juli

Insgesamt sei es mit dem Eckpunktepapier gelungen, das Krankenversicherungssystem für diese Legislaturperiode zu stabilisieren.

Angesichts der demografischen Entwicklung in den kommenden zwanzig bis dreißig Jahren könnten die aktuellen Reformanstrengungen jedoch erst der Anfang sein. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass der Kompromiss „eine Weiterentwicklung über die Jahre 2006 und 2010“ ermögliche. Dies sei durch die Ausgliederung von Leistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung wie Zahnersatz und Krankengeld geschehen.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, der von Seiten der unionsregierten Länder die Verhandlungen mit der Bundesregierung geführt hatte, sagte, in den Beratungen sei ein „sozial ausgewogenes Modell“ der Mitfinanzierung durch die Versicherten gefunden worden. Damit gewinne man Zeit, Lösungen für die Jahre ab 2007 zu finden. Angesichts der demografischen Entwicklung müsse das Gesundheitswesen ab 2015 auf eine neue Finanzierungsgrundlage gestellt werden. Böhmer fügte hinzu, da das Gesundheitswesen ein „nach oben offenes System“ sei, werde es nie eine „Lösung für die halbe Ewigkeit“ geben.

# Argumentationspapier zur Gesundheitsreform

**Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CDU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung, Andreas Storm, und die Gesundheitspolitische Sprecherin, Annette Widmann-Mauz, haben zu den Eckpunkten der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform folgendes Argumentationspapier vorgelegt:**

Die mit der Bundesregierung, den Koalitionsfraktionen und der FDP vereinbarten Eckpunkte zur Gesundheitsreform sind ein Kompromiss, der erkennbar und deutlich die Handschrift der Union trägt. Die Union hat praktisch alle von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Februar 2003 beschlossenen Ziele für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in die Eckpunkte einbringen können:

■ Es bleibt bei einer qualitativ hochwertigen und humanen Versorgung in Medizin und Pflege, die allen Menschen ohne Ansehen des Alters oder der finanziellen Leistungsfähigkeit zugute kommt.

■ Es wird eine verlässliche Grundlage und Perspektive für alle Gesundheitsberufe geschaffen.

■ Das Zukunftsmodell ist ein freiheitliches Gesundheitswesen ohne staatliche Bevormundung oder Nachfragemonopol der Krankenkassen. Der rot-grüne Weg in die Staatsmedizin ist abgewehrt. Die freie Arzt- und Krankenhauswahl bleiben erhalten. Die Versicherten erhalten mehr Entscheidungsfreiheiten und Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Transparenz und Wettbewerb werden deutlich verstärkt. Die Budgetierungen der Leistungsausgaben werden ab 2007 abgeschafft. Die Qualität der medizinischen Versorgung der Patienten wird durch vielfältige Maßnahmen verbessert. Dem drohenden Ärztemangel in den Krankenhäusern und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Ärzte und andere Gesundheitsberufe wird gegengesteuert. Bürokratie wird abgebaut, Verwaltungskosten werden zurückgeführt.

■ Die paritätisch finanzierten Lohnnebenkosten werden durch die vereinbarten Reformmaßnahmen

deutlich abgesenkt. In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Beiträge in den nächsten Jahren bei 13 % liegen.

■ Die vereinbarten Reformmaßnahmen und finanziellen Belastungen sind gerecht auf alle Beteiligten verteilt und sozial ausgewogen.

■ Versicherungsfremde Leistungen werden künftig mit Steuermitteln finanziert.

■ Die Eigenverantwortung der Patienten wird gestärkt unter Beachtung der sozialen Balance. Niemand wird durch Zuzahlungen von medizinisch notwendigen Leistungen abgehalten.

■ Durch die vorgenannten Maßnahmen wird eine deutliche Beitragssenkung erreicht, die Versicherten erhalten finanzielle Spielräume. Deshalb ist es gelungen, die Übertragung der Zahnersatzleistungen in die vollständige Eigenverantwortung der Versicherten zu erreichen.

■ Sozialhilfeempfänger werden künftig bei der medizinischen Versorgung wie die gesetzlich Krankenversicherten behandelt. Auch Sozialhilfeempfänger werden künftig eine Selbstbeteiligung zu tragen haben.

Die Tatsache, dass praktisch alle von der CDU/CSU-Bundstagsfraktion formulierten Ziele zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung in den Eckpunkten umgesetzt werden konnten, ist ein großer politischer Erfolg. Eine Vielzahl der von Rot-Grün geplanten politischen Eingriffe in das Gesundheitswesen wie z. B. die Positivliste, das Kassenmonopol, das „Zentrum für Qualität in der Medizin“ und die Fortsetzung der Budgetierung konnten durch den Kompromiss verhindert werden. Diese Gesundheitsreform ist vom Finanzvolumen und von den Struktur-

maßnahmen ein großes Werk. Gleichwohl werden die langfristigen Probleme aus der Demographie damit noch nicht gelöst. Das war auch nicht Auftrag der Konsensrunde.

**In dem Argumentationspapier wird zu folgenden Eckpunkten detailliert Stellung genommen:**

- Stärkung der Patientenouveränität durch Transparenz, Wahlmöglichkeiten und Beteiligungsrechte
- Verbesserung der Qualität der Patientenversorgung
- Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen

- Neuordnung der Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln
- Reform der Organisationsstrukturen im Gesundheitswesen
- Prävention
- Neuordnung der Finanzierung
- Gleichbehandlung nicht versicherter Sozialhilfeempfänger
- Übertragung der Reformen auf beihilferechtigte Minister, Abgeordnete und Beamte

[http://](http://www.cdunet.de)

Den vollständigen Wortlaut finden Sie unter: [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)

## Merkel und Rüttgers auf **Radtour** in NRW

**Haan und Hilden standen auf dem Tagesprogramm der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und von Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der CDU-NRW.**

Mit dem Fahrrad waren die beiden Politiker bei rund 30 Grad unterwegs, um sich vor Ort über die beiden Städte zu informieren. „Petrus hilft denjenigen, die es verdient haben“, kommentierte Rütt-



Foto: Ossenbrink

gers den Sonnenschein. Auf dem Marktplatz von Haan bekräftigten Merkel und Rüttgers ihre Kritik an der rot-grünen Regierung. Gespräche mit Lokalpolitikern und Bürgermeistern waren ebenso Bestandteil der Tour, wie der Besuch eines weltweit führenden Biotechnologie-Unternehmens zur Aufbereitung von DNA-Säuren.

# „Starke Union in ganz Deutschland“

„Die CDU wird alles tun, damit die CSU bei der Landtagswahl im September ein fulminantes Ergebnis einführt“, versprach die CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg.

Während eines Grußwortes an die Delegierten lobte Merkel die vertrauensvolle Zusammenarbeit der zwei Schwesterparteien. „Wir brauchen einander und wir brauchen eine starke Union in ganz Deutschland“, sagte die Parteivorsitzende. In ihrer Rede ging sie auch mit der derzeitigen Politik der rot-grünen Bundesregierung hart ins Gericht:

des Bundeskanzlers. „Die Handschrift von Rot-Grün lautet, ich kann mich auf nichts verlassen.“ Die Rentner wüssten heute nicht, ob sie im kommenden Jahr eine Rentenerhöhung oder eine Rentensenkung bekämen. Dies sei das Ergebnis der Rentenpolitik nach Kassenlage. Im Hinblick auf die Steuerreform machte die CDU-Parteivorsitzende klar, dass CDU und CSU nicht der „Hilfsmotor einer lahmen Regierung“ seien. Hier müsse zunächst von den Verantwortlichen etwas Konkretes auf den Tisch gelegt werden. „Eini-gungszwang gibt es für die



„Politik, die Menschen nicht ernst nimmt, ist keine Politik, die den Namen verdient“, sagte sie in Richtung

Union aber auch dann nicht“, sagte die Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU. Auch im Hinblick auf die ge-

samtwirtschaftliche Lage in Deutschland sparte Merkel nicht mit Kritik: „In Deutschland wächst nur noch eine Branche, und das ist die Schwarzarbeit“. Zu der gleichen Einschätzung kam auch CSU-Parteichef Edmund Stoiber, der mit 97 Prozent eindrucksvoll im Amt bestätigt wurde. „Noch nie war die Lage in Deutschland so düster wie heute“, erklärte Stoiber. Von der Regierung forderte er erneut eine Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes. Neben Steuersenkungen seien auch Reformen auf dem Arbeitsmarkt notwendig, so Stoiber. Zur Lösung der Pro-

bleme im Land bot er der Bundesregierung die Zusammenarbeit an. Eine große Koalition schloss er jedoch kategorisch aus: „Wir sind nicht das Notagregat als Mehrheitsbeschaffer für Rot-Grün“, so der CSU-Chef. Für die Landtagswahl am 21. September legte Stoiber „50 Prozent plus x“ als Zielmarke für die CSU fest. „Wir brauchen ein kraftvolles Ergebnis auch als Rückenstärkung für Berlin und Brüssel“, so der Parteichef.

In aktuellen Umfragen liegt die CSU zwei Monate

vor der Landtagswahl mit 59 Prozent deutlich vorn. Das sind sechs Prozent mehr als vor fünf Jahren und entspräche in etwa dem Resultat bei der Bundestagswahl. Für die CSU ist dies ein Ansporn, weiter für den Rückhalt in der Bevölkerung zu kämpfen.

Das stabile Hoch der CSU ist für den politischen Gegner derart zermürend, dass die SPD bei den anstehenden Wahlen längst nicht mehr von einer Wachablösung spricht, sondern allenfalls auf eine Stärkung der Opposition setzt.

## Edmund Stoiber mit 97 Prozent bestätigt

Edmund Stoiber ist im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt worden. Auf dem Parteitag erhielt er 97 Prozent der Delegiertenstimmen.

Als Stellvertretende Parteivorsitzende der CSU wurden Beate Merk (89,5%), Barbara Stamm (87,12%), Horst Seehofer (85,11%) und Ingo Friedrich (84,73%) gewählt.

## ELMAR BROK IN DEN USA

### Transatlantische Partnerschaft stärken

**Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok, und der US-Vizepräsident Dick Cheney haben bei einem Treffen die Zukunft der transatlantischen Beziehungen erörtert.**

Die USA müssten nun prüfen, in welche Richtung sich die Europäer entwickelten. Dies gelte vor allem im Hinblick auf die künftige militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO. Brok nutzte die

Gelegenheit, um Cheney den neuen EU-Verfassungsentwurf vorzustellen. Dieser biete durch die neuen außen- und verteidigungspolitischen Regelungen die Chance, Europa zu einem wirklichen Partner der transatlantischen Partnerschaft zu machen. Allerdings könnte dieses Konzept durch Initiativen aus Washington scheitern. „Es besteht dann die Gefahr, dass sich auf Dauer europäische Staaten außerhalb von EU- und NATO-Verpflichtungen zusam-

enschließen“, warnte Brok. Anlässlich der USA-Reise standen auch Gespräche mit Vertretern von Kongress und Regierung auf dem Programm. Hier war nach Einschätzung Broks der deutliche Willen zu spüren die Beziehungen weiter zu vertiefen. Dies könne bis hin zu einem transatlantischen Markt führen. „Dabei gewinnt auch zunehmend die Idee an Boden, besondere Reiseerleichterungen für EU- und US-Bürger zu schaffen“, erklärte Brok.

ANGELA MERKEL:

## Regierung muss nachsitzen

**In der vergangenen Woche haben Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel die Finanzierung der geplanten Steuerreform vorgestellt. Für die Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, waren diese Ausführungen kein Schritt nach vorn. In einer Stellungnahme erklärte sie:**

Die Union sagt Ja zum Vorziehen der Steuerentlastung von 2005 auf 2004. Aber – und das kann gar nicht oft genug wiederholt werden – an den Voraussetzungen dafür muss gearbeitet werden. Denn als Anwalt der Menschen will die Union, dass die Menschen durch Steuerentlastungen auch tatsächlich entlastet und nicht hinten herum neu belastet werden. Diesem Ziel dienen unsere Bemühungen für eine seriöse Finanzierung der vorgezogenen Steuerentlastung.

Für diese Finanzierung hat der Bundeskanzler mit seinem Finanzminister heute erste Eckpunkte vorgelegt. Es ist gut, dass die Bundesregierung damit endlich – denn es ist schon sehr viel Zeit verstrichen – unserer Forderung nachgekommen ist.



Absolut enttäuschend aber ist, was er vorgelegt hat: einfach die Flucht in neue Schulden, Länder und Kommunen werden im Stich gelassen. Das reicht nicht. Deshalb ist klar: Die Bundesregierung muss nachsitzen. Drei Punkte sind dabei zu beachten:

Erstens erwarten wir umgehend – spätestens am 13. August – eine anständige Kabinettsvorlage mit einem konkreten Gesetzespaket, das endlich Zahlen, Daten und Fakten für Bund, Länder und Kommunen vorlegt und sich um die eigentlichen Probleme nicht herumdrückt. Die jetzt vorgelegten Eckpunkte verdienen den Namen Finanzierungs-konzept nicht.

Sollte die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluss vorlegen, der diesen Anforderungen gerecht wird, werde ich zweitens den

Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Ole von Beust, bitten, mit den Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder und dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann MdB, und in Abstimmung mit der CSU zu sondieren, welche Möglichkeiten die Länder und die Bundestagsfraktion für eine seriöse Finanzierung der vorgezogenen Steuerentlastung sehen.

In diesem Zusammenhang erwarten wir drittens auch von den SPD-regierten Ländern eine Stellungnahme zu den heute vorgestellten Eckpunkten.

Eines aber steht heute schon fest: Dies alles macht überhaupt nur Sinn, wenn endlich auch die Struktur-reformen, die unser Land dringend braucht, in Angriff genommen werden. Wir müssen u. a. die gesetzlichen Voraussetzungen für Bündnisse für Arbeit schaffen, den Kündigungsschutz verändern, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenlegen und Wachstum und Innovation ermöglichen. Auch hierfür liegen die Vorschläge der Union auf dem Tisch.



## Parteispitze besucht ehemalige Hochwassergebiete

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer haben sich über die Lage in den vom Hochwasser 2002 besonders betroffenen ost-deutschen Gebieten informiert.

Während Angela Merkel mit Sachsens Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Steffen Flath, die Großbaustelle des „Hochwasserschutzbeckens Müglitztal“ in Lauenstein besuchte, reiste Laurenz Meyer nach Wittenberg, Dessau und Bitterfeld-Wolfen. Dort traf er mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und der Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt, Petra Wernicke, zusammen.

In der Gemeinde Müglitztal waren 220 Haushalte direkt von der Flutkatastrophe betroffen. Die gesamte Infrastruktur wurde damals zerstört, neben Straßen, Eisenbahn und Uferbefestigungen auch 26 Brücken. In Freital wurden rund 700 Gebäude vom August-



Hochwasser beschädigt. Bei einem Gang durch das Albert-Schweitzer-Viertel konnte sich Angela Merkel einen Eindruck über den Stand des Wiederaufbaus verschaffen. Danach besichtigte sie die Papierfabrik Hainsberg.

Angela Merkel forderte zum Abschluss ihres Besuchs, die Frist zum Abrufen der staatlichen Auf-



bauhilfen notfalls über 2005 hinaus auszudehnen.

Zum Auftakt seiner Informationsreise nahm Generalsekretär Meyer die Deichbruchstelle im Wittenberger Ortsteil Pratau in Augenschein. Hier war es bis zum Deichbruch am 17. August gelungen, die Elbe mit 750.000 Sandsäcken zurückzudrängen. Meyer betonte, die Opfer der Jahrhundertflut brauchten nach wie vor Unterstützung. Nach zwölf Monaten müsse jetzt eine Bestandsaufnahme über noch zu leistende Hilfe erfolgen.

Am 17. August 2002 hatte die Flutwelle auch das Kreiskrankenhaus Bitterfeld-Wolfen erreicht. Betroffen von den Wasserschäden waren vor allem die Technikzentrale mit der radiologischen Abteilung, Teile der Verwaltung und das Krankenhausarchiv. Durch interne Umstrukturierungen gelang es jedoch, die medizinische Betreuung der Patienten am Standort Wolfen sicherzustellen. Zur Beseitigung von Schäden an Deichanlagen allein in der Region Bitterfeld wurden bislang rund sechs Millionen Euro eingesetzt.

# Ehrung des Gründungsmitglieds der CDU

„Als Christ und Patriot ist er beispielhaft für das Wertefundament und die geistige Prägestkraft der christlichen Demokratie“, sagte die Vorsitzende der CDU über Andreas Hermes, den Mitbegründer der CDU.

Anlässlich des 125. Geburtstags fand in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin eine Feierstunde zu Ehren von Hermes statt. Die Deutsche Post widmete dem Politiker eine Sondermarke im Rahmen der Serie „aufrechte Demokraten“.

Vom März 1920 bis März 1922 leitete Hermes das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, vom Oktober 1921 bis Au-



gust 1923 auch das in jenen Jahren undankbare Reichsfinanzministerium. In seiner dreijährigen Ministerzeit war er einer der profiliertesten Politiker der Weimarer Aufbaujahre.

Während des 2. Weltkriegs kam er in Verbindung zu Widerstandskreisen. Carl Goerdeler führte ihn in einer seiner Ministerlisten als Landwirtschaftsminister. Nach dem 20. 7. 1944 wurde er vom Volksgerichtshof

zum Tode verurteilt, kam jedoch mit dem Leben davon.

Als Gründungsmitglied der CDU in Berlin und der SBZ und 1. Vorsitzender gestaltete er Aufbau und erste programmatische Leitlinien der neuen Partei maßgeblich mit. Seine gesamtdeutsche Ausrichtung und die Ablehnung einer entschädigungslosen Bodenreform führten zu seiner Absetzung durch die Sowjetische Besatzungsmacht.

Gegen Konrad Adenauers Westorientierung und Europapolitik hatte er Vorbehalte, aus Sorge, die Frage der Wiedervereinigung werde durch die europäische Einigung in den Hintergrund gedrängt.

## Leben und Wirken von Andreas Hermes, Dr. phil.

* 16. 7. 1878	Köln	1945	stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin und Leiter des Ernährungsamtes, Mitgründer und (bis Dez. 1945) Vorsitzender der CDU
† 4. 1. 1964	Kräling(en)/Eifel		
1905	Promotion		
1919/20	Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium	1947–1949	Mitgl. des Wirtschaftsrates der Bizone
1920–1922	Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft	1947–1954	Mitgründer und Präsident des Dt. Bauernverbands
1921–1923	auch der Finanzen	1946–1961	Präsident des Dt. Raiffeisenverbands
1924–1928	MdL Preußen (Zentrum)	1954–1958	Präsident des Verbands der Europäischen Landwirtschaft (CEA).
1928–1933	Präsident verschiedener landwirtschaftlicher Organisationen		
1928–1933	Mitglied des Reichstages		
1936–1939	Wirtschaftsberater in Bogota		
11. 1. 1945	zum Tode verurteilt		

# CDU-Länder praktizieren Bürokratieabbau

**Die CDU-Regierungen im Saarland und in Baden-Württemberg haben bereits in den vergangenen Monaten konsequent bürokratische Instanzen abgebaut und die Verwaltungen modernisiert. Niedersachsen will nun mit einem breit angelegten Maßnahmenpaket nachlegen.**

Zur beabsichtigten Auflösung aller Bezirksregierungen werden zwanzig verschiedene Projekte gestartet. Es geht dabei um die Organisation der Polizei, der Vermessungs- und Katasterverwaltung sowie der Landessozialverwaltung und um die Bereiche Gesundheit und Verkehr.

## Aufgabenkritik

Im Zuge der Agrarstrukturverwaltung wird eine Fusion der Landwirtschaftskammern geprüft. Bei den Projekten geht es vor allem um eine Aufgabenkritik. Es soll geprüft werden, welche Aufgaben ganz wegfallen, oder aber zumindest reduziert werden können. Darüber hinaus sollen privatisierungsfähige Aufgaben von Privaten wahrgenommen

werden. Dort wo es sinnvoll ist, werden auch Verantwortungsbereiche des Landes an die Kommunen zurück übertragen. Durch die Reformen könnte Niedersachsen nach eigenen Schätzungen die Verwaltung um 6.000 Stellen reduzieren.

## Abbau von Verwaltungsvorschriften

Im Saarland wurde neben Privatisierung und Deregulierung auch der direkte Abbau von Vorschriften eingeleitet. Grundsätzlich haben im Saarland unter der Regierung von Peter Müller alle Verwaltungsvorschriften, die vor 1980 erlassen wurden, am 31. 12. 1999 ihre Gültigkeit verloren, soweit ihre Weitergeltung nicht ausdrücklich beschlossen wurde. Das gleiche Verfahren wird auf die vor 1990 erlassenen Verwaltungsvorschriften angewendet, die am 31. 12. 2000 auslaufen. Nach 1990 erlassene Verwaltungsvorschriften bedurften bis 31. 12. 2001 der Verlängerung, wenn sie nicht unter die Verfallsautomatik fallen sollten und damit zu diesem Datum außer Kraft treten.

## Entscheidung aus einer Hand

Die „fortschrittlichste und effektivste Verwaltung im Bundesvergleich“ beansprucht der Baden-Württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel für sich. „Entscheidungen aus einer Hand“ hieß das Leitmotiv bei der kürzlich abgeschlossenen Verwaltungsreform. Ergebnisse der Bündelung von bis dato zergliederten Zuständigkeiten sind einheitliche Anlaufstellen, schlankere und effizientere Verwaltungen und integrierte Entscheidungen.

Vorbild für die Verwaltungsreformen in Baden-Württemberg sind für Erwin Teufel die Rathäuser. So einfach, wie es für den Bürger dort sei, müsse es auch bei anderen Behörden werden. Künftig wird das Landratsamt die zentrale Anlaufstelle sein und beispielsweise bei Bauanträgen allein zuständig sein. Bisher waren fünf verschiedene Behörden für einen Bauantrag zuständig. Dadurch werden in den kommenden fünf Jahren gut 20 Prozent eingespart.

# Hessen will Niedriglohnsektor stärken

**Hessen hat unter dem Titel „Mehr Arbeit, mehr Geld – hessisches Modell zur aktivierenden Sozialhilfe und Unterstützung des Niedriglohnssektors“ eine neue Gesetzesinitiative vorgestellt, die demnächst in den Bundesrat eingebracht werden soll.**

Dieses gemeinsam mit dem Münchner ifo-Institut entwickelte Modell zur Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zeige Wege auf, wie in Deutschland durch eine Verzahnung der Reformen im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfe einerseits und im Niedriglohnsektor andererseits mehr Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden könne. Langfristig, so die Schätzungen des ifo-Instituts, könnte die Stärkung des Niedriglohnssektors bei Bund und Ländern zudem zu Einsparungen von rund 10 Mrd. Euro pro Jahr führen.

## Die Grundbausteine des Gesetzentwurfs

**1. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe und Zuweisung der Vermittlungs- und Leistungsaufgaben an die kom-**

munalen Gebietskörperschaften als Voraussetzung für ein effektiveres Hilfesystem. Die neue Leistung soll Hilfe zur Existenzsicherung heißen.

**2. Finanzielle Anreize zur Förderung des Ausstiegs aus der Sozialhilfe und zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Zukünftig sollen Menschen, deren Erwerbseinkommen oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro liegt mit steigendem Bruttolohn auch mehr Netto verdienen. Dies ist ein ganz wesentlicher Schritt zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Um die Nachhaltigkeit dieses neuen Instruments zu verstärken, unterstützt das Gesetz generell den Ausbau eines in Deutschland bislang vergleichsweise unterentwickelten Niedriglohnsektors durch die Einführung eines Lohnzuschlags für Geringverdienende.**

**3. Wer staatliche Leistungen empfängt, muss eine Gegenleistung in Form von Arbeit erbringen. Diese wird in Zukunft auch kommunal angeboten.**

**4. Abbau von Barrieren, die einer Arbeitsaufnahme im Wege stehen, insbesondere auch für Eltern mit Kindern und Alleinerziehende.**

Stärker als bisher wird das Ziel verfolgt, Menschen den Ausstieg aus der Bedürftigkeit zu ermöglichen, die wegen der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen daran gehindert sind, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. So sollen etwa, solange es nicht genügend Plätze für Kinder in Tageseinrichtungen gibt, Erwerbstätige und Erwerbssuchende vorrangig bei der Vergabe berücksichtigt werden.

**5. Wer trotz Erwerbsfähigkeit nicht bereit ist, eine angebotene Arbeit anzunehmen, muss mit empfindlichen Sanktionen rechnen, bis hin zur vollständigen Streichung seines Sozialhilfe-Regelsatzes.**

**6. Gleichstellung von Leistungsempfängern im Krankheitsfall mit Pflichtversicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung.**

**7. Asylbewerber sollen in Zukunft ausschließlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.**

**8. Der Gesetzentwurf räumt Ländern Freiräume ein, um einen Wettbewerb um die besten Lösungen – z. B. bei der Pauschalierung der Sozialleistungen – zu ermöglichen.**

MATTHIAS WISSMANN:

# Deutschland im europäischen Wettbewerb – höchste Zeit zu handeln

**Immer öfter hört man die traurige Wahrheit – der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in Gefahr.**

Doch wie schlimm sieht es wirklich aus? Anstatt im Reich der grauen Theorie zu bleiben, wird es Zeit, konkrete Zahlen zu nennen und endlich zu handeln.

Im jüngsten internationalen Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit der größten Volkswirtschaften durch das World Economic Forum landete Deutschland auf Platz 14. Ganz oben stehen die USA, doch auch Europa ist durch Länder wie Finnland und die Schweiz in den Top Ten vertreten. Betrachtet man die Ergebnisse genauer, erkennt man: Nach wie vor ist die deutsche Wirtschaft zu Spitzenleistungen imstande – der politische Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit hingegen fällt miserabel aus. So erreicht Deutschland bei der Nutzung von Ressourcen eine gute vierte Platzierung. Bei der Infrastruktur liegt Deutschland auf Platz drei; eine Spitzenposition erreicht Deutschland bei der Herstellung von Markenwert und bei Innovationskapazitäten.



## Wirtschaft spitze, Rahmenbedingungen kläglich

Der Grund für das insgesamt mittelmäßige Abschneiden Deutschlands ist somit auf makroökonomischer Ebene zu finden: In Sachen Flexibilität von Lohnabschlüssen und Einstellungs- und Kündigungspraktiken liegt Deutschland auf einem schmachvollen vorletzten Platz (79). Auch die Regierungsausgaben (Platz 71) und die Effizienz des Steuersystems (Platz 75) verdeutlichen die Schwachstellen. Die Diskrepanz zwischen den Spitzenleistungen der Privatwirtschaft und den Rahmenbedingungen, die der Staat bietet, ist offensichtlich. Ein Vergleich Deutschlands mit seinen eu-

ropäischen Nachbarn in einigen Kernbereichen verdeutlicht die prekäre Position Deutschlands als Wirtschaftsstandort. Konkrete Einblicke bietet ein Vergleich der Arbeitskosten: Nur in Norwegen ist Arbeit teurer als in Deutschland (25,38 EUR/Arbeitsstunde). Der EU-Durchschnitt liegt bei 19,77 EUR; die Beitrittsländer bieten, wie das Beispiel von Tschechien mit 3,53 EUR zeigt, noch weit günstigere Bedingungen. Auch auf eine im europäischen Vergleich herausragende hohe Arbeitsproduktivität kann man sich in Deutschland nicht mehr verlassen. Wie jüngst eine Studie von Mummert Consulting und dem FAZ-Institut zeigte, landet Deutschland im europäischen Vergleich nur noch im Mittelfeld.

Ein zentraler Faktor, der Unternehmern in Deutschland zu schaffen macht, ist das Thema Arbeitszeit. Zählt man Urlaubs- und Feiertage zusammen, konnten deutsche Industriearbeiter im Jahr 2002 über acht Wochen bei voller Bezahlung Freizeit genießen. Bei einem tarifli-

chen Urlaubsanspruch von 30 Tagen steht Deutschland an der Spitze der internationalen Freizeitrangliste. Die deutsche Industrie verzeichnete seit 1992 eine Arbeitszeitverkürzung von 71 Stunden, obschon Westdeutschland damals bereits Freizeit-Weltmeister war.

### Deutsche arbeiten weniger als die Nachbarn

Besonders deutlich wird die Diskrepanz im Bereich der Arbeitszeiten auf der konkreten Unternehmens-ebene. So erlebt ein mittelständischer Sägenhersteller, dass seine Mitarbeiter in Deutschland knapp 1500 Stunden im Jahr arbeiten, während deren Kollegen im Schweizer Werk 1842 Jahresstunden leisten. Wohl gemerkt: Wir sprechen von der Schweiz, einem Land mit hohem Lebensstandard. Dass die Mitarbeiter der Firma in China mit 1928 Jahresarbeitsstunden länger arbeiten, überrascht nicht, doch der Vergleich mit der Schweiz sollte uns wachrütteln.

Kein Wunder, dass sich immer mehr Unternehmer mit Abwanderungsgedanken tragen. Wichtigstes Motiv für standortbedingte Pro-

duktionsverlagerungen sind die Arbeitskosten. Im Unternehmeralltag sieht das so aus:

### Folgeschwere Standortverlagerung

An seinem tschechischen Produktionsstandort zahlt z.B. ein mittelständisches Messtechnik-Unternehmen nur ein Zehntel der Arbeitskosten, die am Standort in Deutschland anfallen. Kein Wunder, dass mehr als 1000 deutsche Unternehmen bereits in Tschechien vertreten sind. Für Deutschland bedeuten Standortverlagerungen eine weitere Verminderung inländischer Investitionsausgaben und eine deutliche Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Inland. Dagegen werden laut einer Schätzung des DIHK für die Jahre 2003-05 im Ausland pro Jahr 50.000 Arbeitsplätze als Folge deutscher Standortnachteile entstehen.

Mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt wird in der Umfrage des Verbands deutscher Maschinen- und Anlagenbau (April 2003) von 79% der befragten Unternehmen als Grund für Standortverlagerungen genannt. Laut einem aktuellen Bericht des Fraser Institutes liegt Deutschland in Sachen

wirtschaftliche Freiheit international auf Platz 20. Keines der anderen Länder hatte derart strikte Arbeitsmarktregeln. Auch der Kündigungsschutz ist so stark ausgebaut wie fast nirgendwo sonst; nur in den Niederlanden sind die gesetzlichen Hürden nach einem Vergleich von 18 OECD-Ländern noch höher als hierzulande.

Das Fazit ist offenkundig: Es ist höchste Zeit zu handeln – und zwar nicht durch ein Aufstellen von Verboten. Durch die Schaffung attraktiverer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen muss die betriebliche Notwendigkeit zu standortbedingten Verlagerungen gemindert werden. Wird jetzt nicht gehandelt, werden zukünftig nicht nur lohnintensive Unternehmensteile ins Ausland ausgelagert, sondern zunehmend kapital- und wissensintensive Unternehmensteile wie Verwaltung, Forschung und Entwicklung. Dieser für Deutschland verheerende Trend hat bereits begonnen.

### Was muss geschehen?

#### 1. Verlängerung der Arbeitszeiten

Eine oder zwei Wochenstunden Mehrarbeit ohne

Lohnausgleich und ein oder zwei Urlaubstage weniger sind nicht unzumutbar. Laut jüngsten Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft würde allein eine Wochenstunde Mehrarbeit ab Juli dieses Jahres eine Steigerung der Wirtschaftsleistung 2003 um 1,3 % bedeuten; 2004 entstünden ca. 60.000 neue Stellen. Nicht zuletzt der gescheiterte Streik der IG-Metall in Ostdeutschland hat gezeigt, dass Arbeitszeitverkürzungen längst nicht mehr auf der Tagesordnung stehen.

## 2. Senkung der Lohnnebenkosten

Die Senkung der Lohnnebenkosten muss zentra-

les Ziel einer auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten Politik sein. Es gilt, eine Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch die schrittweise Beitragsenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 % durchzusetzen. Auch eine stufenweise Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung würde uns einen wichtigen Schritt weiter in Richtung Senkung der Lohnnebenkosten bringen.

## 3. Abbau arbeitsrechtlicher Regulierung

Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Flexibilität – für Arbeitnehmer und Betriebe. Wichtig

ist vor allem die Flexibilisierung von Lohnabschlüssen und arbeitsrechtlichen Regulierungen!

## 4. Schaffung von Planungssicherheit

Wir brauchen eine klare und mehrjährige Steuerentlastungsstrategie – gerade auch hinsichtlich der Personengesellschaften – um endlich Planungssicherheit für Unternehmen am Standort Deutschland zu gewährleisten.

## 5. Verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung

Gerade angesichts der veränderten Art der Auslandsverlagerungen müssen nicht nur Standortkosten gesenkt werden, sondern Standortpolitik muss sich auch auf eine wirtschaftspolitische Verbesserung und Erhöhung der Innovationsfähigkeit und der Produktivität inländischer Unternehmer konzentrieren. Forschung und Entwicklung müssen verstärkt werden, um die Innovationsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

### Arbeitszeiten: Deutsche gehen früh nach Hause

in Stunden □ Tarifliche Jahresarbeitszeit eines Industriearbeiters 2002  
 ■ Wochenarbeitszeit ● Verkürzung der Jahresarbeitszeit 1992 bis 2002

USA	40,0	1.904	0
Schweiz	40,5	1.844	13
Griechenland	40,0	1.840	0
Irland	39,0	1.810	0
Japan	39,2	1.803	76
Luxemburg	40,0	1.784	8
Portugal	39,3	1.769	122
Spanien	38,4	1.722	58
Österreich	38,4	1.720	9
Italien	40,0	1.720	28
Schweden	38,0	1.710	74
Finnland	40,0	1.708	8
Belgien	37,0	1.702	35
Norwegen	37,5	1.695	30
Vereinigtes Königreich	37,2	1.693	69
Deutschland (Ost)	38,3	1.685	-
Niederlande	37,5	1.670	49
Dänemark	37,0	1.650	30
Frankreich	35,7	1.605	150
Deutschland (West)	35,7	1.557	71

Zusätzliche Freizeit statt Verkürzung der Wochenarbeitszeit: Dänemark 4, Niederlande 6, Finnland 12,5 und Italien 15 Arbeitstage  
 Ursprungsdaten: BDA, Japan Ministry of Health, Labour and Welfare

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

THOMAS RACHEL:

## Beängstigende Euthanasiepraxis in den Niederlanden

**Zur neusten Studie zur Euthanasiepraxis in den Niederlanden erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“:**

Eine von der niederländischen Regierung in Auftrag gegebene Studie hat eine beängstigende Entwicklung aufgezeigt: In der Regel bleibt die Praxis der in Holland zulässigen Sterbehilfe meistens einer staatlichen Kontrolle entzogen und bei einem beträchtlichen Teil der Fälle werden rechtliche Voraussetzungen und der Wille des Patienten missachtet. Als Gründe für die Tötung ohne Verlangen gaben die Ärzte bei einer Umfrage an, es habe keine Aussicht auf Besserung gegeben, die Nächsten könnten es nicht mehr ertragen oder die geringe Lebensqualität des Kranken habe den Schritt nahe gelegt. Dies können aber keine ausreichenden Kriterien sein. Ein zusätzliches Problem ist, dass ein Großteil der Fälle aktiver Sterbehilfe von den Ärzten gar nicht erst ge-



meldet wird. Anstatt dessen werden falsche Todesurkunden ausgestellt und eine natürliche Todesursache vorgespiegelt.

Grund für die Inanspruchnahme aktiver Sterbehilfe ist regelmäßig eine unzulängliche Pflege, fehlende menschliche Betreuung, mangelnde medizinische Versorgung und sozialer Druck, der regelmäßig von Angehörigen auf Kranke ausgeübt wird. Euthanasie erscheint unter diesem Blickwinkel als Folge der Verweigerung medizinischer und menschlicher Zuwendung. Es steht zu befürchten, dass durch ihre Legalisierung die aktive Sterbehilfe mehr und mehr gesellschaftliche Akzeptanz findet. Die Folgen sind ein zunehmender Druck von Angehörigen auf Ärzte und

ein Rechtfertigungszwang von Kranken. Dabei sind andere Wege gangbar. Von den Hospizen und aus der Palliativmedizin weiß man inzwischen, dass bei menschlicher Zuneigung und effektiver Schmerzstillung der Wunsch nach einer vorzeitigen Beendigung des Lebens abnimmt. Die Vorgänge in den Niederlanden zeigen, wie wichtig und richtig es ist, dass das Thema Palliativmedizin und Sterbehilfe auf Initiative der Christdemokraten zu einem zentralen Thema der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ wurde. Es ist die Pflicht unserer Gesellschaft, ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt zu gewährleisten, den Leidensdruck zu mildern und so auch am Ende des Lebens zu helfen. Wir dürfen uns nicht von den Kranken und leidenden Menschen abwenden, so dass diesen die vorzeitige Beendigung des Lebens als einziger Ausweg erscheint. Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion eine Stärkung der Palliativmedizin und des Hospizwesens.



MARIA BÖHMER, WOLFGANG BOSBACH:

## Spätabtreibungen vermeiden

**Die Erfahrungen mit den mehrfach geänderten gesetzlichen Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche in der Praxis geben nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anlass für Klarstellungen der Absichten des Gesetzgebers und ergänzende Regelungen mit dem Ziel einer wirksamen Eingrenzung insbesondere von Spätabtreibungen. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden fordern von der Regierung einen neuen Gesetzentwurf, der folgenden Eckpunkte enthält:**

- Die pränatale Diagnostik muss mit einer vorausgehenden, umfassenden Beratung durch einen fachkundigen Arzt verbunden sein. werdende Eltern müssen bereits frühzeitig besser über die möglichen medizinischen Erkenntnisse und damit oft verbundenen Konfliktsituationen dieser pränatalen Diagnostik aufgeklärt werden. Deshalb ist die medizinische Beratung in angemessener Weise um eine psycho-soziale Beratung zu erweitern. Dazu soll ein Hinweis auf dieses Beratungsrecht der schwangeren Frau in den Mutterpass auf-

genommen werden. Damit ließe sich bereits im Vorfeld die Konfliktsituation für Eltern vermindern und Spätabtreibungen entgegenwirken. Die Beratung soll auch dadurch verbessert werden, dass spezielle Fortbildungsmaßnahmen für Beraterinnen und Berater angeboten werden. Nach einer pränatalen Diagnose mit pathologischem Befund muss sowohl eine Beratung durch einen fachkundigen Arzt als auch eine psycho-soziale Beratung erfolgen.

- Eine Kostenübernahme für die pränatale Diagnostik durch die Krankenkassen findet nur unter der Voraussetzung statt, dass diese vorgeschriebenen Beratungen erfolgt sind. Dies ist in den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen verbindlich festzulegen.

- Das Vorliegen der Voraussetzungen einer medizinischen Indikation im Zusammenhang mit einer Behinderung des ungeborenen Kindes ist nur durch Begutachtung eines interdisziplinären Kollegiums (z. B. aus den Bereichen Frauen- und Kinderheilkunde, Psycholo-



gie, Humangenetik) festzustellen, um die Prognoseentscheidung nach § 218a Abs. 2 StGB auf eine breitere Basis zu stellen. Durch ein solches Kollegium sollen insbesondere die Ärzte unterstützt werden, indem die Verantwortung für die Prognoseentscheidung nicht mehr allein einem einzelnen Arzt obliegt. Maßgebliches Ziel ist es, werdenden Eltern, vor allem werdenden Müttern, umfassende Hilfestellung bei ihrer Entscheidung zu geben, wenn sie vor der schwierigen Frage der Annahme eines behinderten Kindes oder dem Abbruch der Schwangerschaft stehen.

- Erforderlich ist eine Klarstellung des gesetzgeberischen Willens bei der Schaffung bzw. Änderung des geltenden Abtreibungsrechts 1992 bzw. 1995 dahin, dass bei der medizinischen Indikation nur auf eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden

Beeinträchtigung des seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzustellen ist. Eine absehbare Behinderung allein ist kein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch nach § 218a Abs. 2 StGB. Deshalb ist § 218a Abs. 2 StGB um einen Satz 2 zu ergänzen, der wie folgt lauten könnte: „Ein embryopathischer Befund allein ist keine Gefahr im Sinne des Satzes 1.“

■ Um den Eltern die Entscheidung auch für ein behindertes Kind zu erleichtern, ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich. Eltern müssen wissen, dass die Gesellschaft sie nicht allein lässt, wenn sie ein behindertes Kind bekommen. Die Verbesserung der Situation von behinderten Menschen ist durch ein eigenständiges und einheitliches Leistungsgesetz für Behinderte, das vom Bund zu finanzieren ist, zu erreichen.

■ Wegen der Unsicherheiten und Risiken einer zuverlässigen Diagnostizierbarkeit von Vorschädigungen des erwarteten Kindes und der sich bereits abzeichnenden und für die Schwangerenbetreuung nachteiligen Folgen einer „Defensivmedizin“ (Zitat: DGGG) wird die Bundesregierung aufgefordert, zu prüfen, ob eine Regelung mög-

lich ist, die sowohl der Achtung vor dem Leben und der Würde des Kindes gerecht wird als auch die Einhaltung der ärztlichen Pflichten im Rahmen des Behandlungsvertrages sicherstellt. Dies gilt insbesondere für die Frage, ob die ärztliche Haftung für Unterhaltsleistungen für ein vorgeschädigt geborenes Kind bei Diagnoseirrtümern ebenso wie in Frankreich gesetzlich auf die Fälle grober Fahrlässigkeit beschränkt werden kann.

■ Das Weigerungsrecht der Ärzte, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken, ist nur für die Fälle einer unmittelbaren Lebensgefahr der Schwangeren auszuschließen.

■ Die statistische Erfassung von Problemfällen, insbesondere zur Sicherstellung der Meldung aller Spätabtreibungen, ist als notwendige Datenbasis für die Beobachtungs- und Schutzpflicht des Gesetzgebers zu erweitern.

## SENIOREN UNION

### Abgleiten in Zwei-Klassen-Medizin verhindert.

**Der Bundesvorsitzende der Senioren Union, Otto Wulff, hat in einer ersten Stellungnahme den Einsatz der Unions-Unterhändler der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform gelobt.**

„Durch ihren Einsatz konnte ein Abgleiten in eine Zwei-Klassen-Medizin zu Lasten älterer Menschen verhindert werden“, so Wulff. Es werde keine englischen Verhältnisse geben, wo nach dem Alter festgelegt werde, welche Operationen noch vorgenommen werden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht

sei die Schrittweise Senkung der Krankenkassenbeiträge auf 13 Prozent unumgänglich. „Richtig ist auch, die Patienten zu größerer Selbstverantwortung zu animieren“, sagte Wulff. Der Bundesvorsitzende verwies in seiner Bewertung jedoch darauf, dass der gefundene Kompromiss noch nicht der Durchbruch zu einer umfassenden Strukturreform sei. Nachholbedarf für den Gesetzgeber sieht er vor allem bei dem bürokratischen Apparat der Krankenkassen und bei der Preisbildung von Medikamenten.

**Trotz über vier Millionen** Arbeitslosen droht Deutschland mittelfristig ein Fachkräftemangel. Der Grund dafür liegt nach Ansicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit nicht nur in der demographischen Entwicklung. Vielmehr sei die mangelnde Qualifizierung der Bevölkerung Anlass für die düsteren Aussichten.

**Die Mittelstandskonjunktur** hat sich im zweiten Quartal weiter verschlechtert. Der entsprechende Indikator der KfW sank auf den tiefsten Stand seit 1994. Lediglich die Baubranche und das verarbeitende Gewerbe konnten gegen den Trend zulegen. Erfasst werden von dem Index kleine und mittlere Unternehmen mit maximal 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis zu 50 Mio. Euro.

**Für fast die Hälfte** der Deutschen spielt Arbeit eine wichtigere Rolle als Freizeit. Bei einer „Lifestyle-Studie“ der Gesellschaft für Konsumantenforschung (GfK) waren 43 Prozent der Befragten dieser Meinung.

**Der Bund** will offenbar noch in diesem Jahr seinen Aktienbestand weiter reduzieren. Vor allem Anteile der Deutschen Telekom und der

Deutschen Post sollen bei der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau geparkt werden. Dies berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Für das laufende Jahr seien aus dem Verkauf von Beteiligungen an die KfW Einnahmen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro geplant.

**Eine Erhöhung** der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich könnte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland nach Expertenansicht erheblich reduzieren. Die Bild-Zeitung berichtete unter Berufung auf das Institut der deutschen Wirtschaft von 100.000 neuen Arbeitsplätzen bei bereits einer Stunde Mehrarbeit. Als Begründung nennt das Blatt die relativ sinkenden Arbeitskosten.

**Geschwindigkeit** wird im Internet immer mehr zum entscheidenden Faktor: Nach einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) und NFO Infratest surfen zu Jahresbeginn bereits 7,4 Millionen Bundesbürger per DSL-Breitbandzugang im Internet und damit doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Mit dem schnellen Zugang ins World Wide Web wollten die Nutzer vor allem Unterhaltungsangebote wie Online-Spiele, Musik und Videos herunterladen.

**Fast jeder zweite Deutsche** nutzt mittlerweile das Internet. Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht knapp die Hälfte der Bevölkerung (47 Prozent) regelmäßig ins Netz. Innerhalb von acht Jahren sei die Zahl der Internet-Nutzer von 250 000 auf knapp 39 Millionen gestiegen. Bis 2007 wird ein nochmaliger Anstieg auf 48 Millionen Nutzer (2007) erwartet. Das Internet hat sich nach der DIW-Studie auch in den Unternehmen fest etabliert. Im vergangenen Jahr nutzten 62 Prozent der Firmen in Deutschland das Internet.

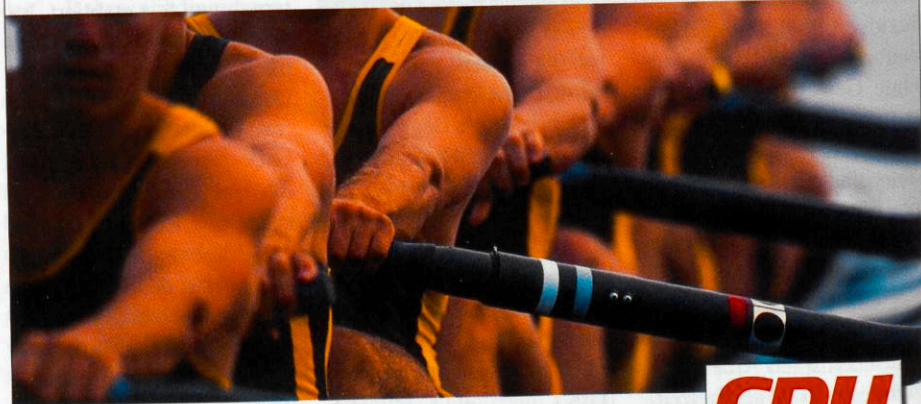
**Die ökonomische Freiheit** in Deutschland ist auf dem Rückzug. Das ist das Ergebnis der diesjährigen Studie des Fraser Instituts. Auf einer Skala von 0 (keine Freiheit) bis 10 (volle Freiheit) kommt Deutschland auf einen Wert von 7,3 und fällt damit auf den 20. Platz zwischen Chile und Mauritius zurück. Gute Noten bekam Deutschland für das Rechtssystem, schlechte Noten für die Rahmenbedingungen für Existenzgründer. Die ersten drei Positionen der 123 analysierten Länder belegen Hongkong, Singapur und die USA.



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## Die neue Wandzeitung

# Viel bewegen. Mitglied werden.



Besser für die Menschen.

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand im Rahmen der Mitgliederwerbekampagne. Alle Kreisverbände erhalten in den nächsten Tagen jeweils 30 Expl. dieser Wandzeitung kostenlos zugesandt. Weitere Exemplare können bei Bedarf angefordert werden. Ihre Bestellung richten Sie bitte an: [bestellung@ubg-medienzentrum.de](mailto:bestellung@ubg-medienzentrum.de)